

13. April 2016

## **AfD-Nichtwahl zu den Deputationen**

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft ist in zahlreichen Wahlgängen ihr verfassungsmäßiges Recht verweigert worden, einen Vertreter in die Härtefallkommission zu entsenden. Wie Sie wissen, haben wir deshalb vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht geklagt. Bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichtes sehen wir davon ab, Kandidaten zu benennen.

Die grundsätzlich gleiche Problematik der Verweigerung unseres verfassungsmäßiges Rechtes stellt sich allerdings auch für die Deputationen (nämlich 11 Kandidaturen für die Justizdeputation und 5 Kandidaturen für die Schuldeputation).

Um in dieser Angelegenheit zu einer konstruktiven Lösung zu kommen, haben wir kürzlich einen Brief an alle Fraktionen geschickt mit der Frage, welche Ablehnungsgründe gegen die von uns vorgeschlagenen Kandidaten Kandidaten von Ihnen gesehen werden. Vier von fünf Fraktionen haben darauf gar nicht geantwortet oder in anderer Weise einen konstruktiven Vorschlag gemacht oder das Gespräch mit uns gesucht.

Nur Herr Trepoll hat wenigstens gestern den Brief beantwortet. Er schreibt am Ende, dass mit seiner Empfehlung an seine Fraktion, die AfD-Kandidaten zu wählen, keine engere Zusammenarbeit mit der AfD verbunden sei, Keine Angst, Herr Trepoll, ich werde Sie nicht umarmen, weil ich weiß, dass Sie sonst Ärger kriegen mit Mama Merkel.

Die Nicht-Beantwortung der Frage nach den personenbezogenen Gründen lässt den einzigen Schluss zu, dass die Ablehnung allein auf der Tatsache beruht, dass die Kandidaten von der AfD vorgeschlagen wurden.

Da die AfD eine demokratische Partei ist und die AfD-Fraktion zweifelsfrei demokratisch in die Bürgerschaft gewählt wurde, ist das Verhalten der anderen fünf Fraktionen ebenfalls unter verfassungsrechtlichen Aspekten höchst fragwürdig und mit großer Wahrscheinlichkeit auch juristisch angreifbar - politisch und unter Demokratie-Gesichtspunkten sowieso.

Es versteht sich von selbst, dass wir diese Tatsache nicht auf sich beruhen lassen werden.

Wir hoffen weiterhin auf eine konstruktive Lösung.

Dafür bedarf es jetzt eines Signals von Ihrer Seite.